

IKZ-Artikel vom 15.11.18 - ...die „Iserlohner“ beklagen sich über einen Maulkorb

Hintergrund nicht verstanden – Maulkorb betrifft alle Iserlohner Bürger

Leider wird, auch bedingt durch missverständliche Schreibweise, der Eindruck vermittelt, als würden sich DieISERLOHNER als Wählergemeinschaft ungerecht behandelt fühlen. Dabei ging es beim Protest im Iserlohner Ratssaal in erster Linie, um die Interessen aller Iserlohner Bürger.

Bisher hatten Bürger auch in Iserlohn das Recht Fragen zu stellen. In jeder der über 100 Sitzungen des Stadtrates bzw. der Ausschüsse. Fragen, die fristgerecht sieben Werktage vor einer Sitzung eingereicht wurden, wurden gem. Geschäftsordnung beantwortet. Hilfsweise wurden einzelne Fragen mit dem Hinweis auf laufende Untersuchungen bzw. Planungen übersprungen.

In den rund 100 Sitzungen eines Jahres kam es gerade einmal zu 12 Terminen mit Einwohnerfragen, welche in den meisten Fällen kurz und knapp beantwortet werden konnten. Das Argument, Einwohnerfragen würden überhandnehmen und zu „unverhältnismäßig langen Unterbrechungen“ führen, ist daher nicht nachvollziehbar. Trotzdem wurden von Verwaltung und Politik im Mai die Fragemöglichkeiten eingeschränkt.

Aktuell ist es nun so, dass es nur noch vier Sitzungen des „Ausschusses für Bürgeranregungen und Beschwerden“ pro Jahr gibt. Fragen, über einen Monat vor der nächsten Sitzung gestellt, finden trotzdem keine Berücksichtigung. Die folgende Sitzung findet aber erst rund fünf Monate nach der Fragestellung statt. Sollen engagierte Bürger erst Antworten bekommen, wenn Entscheidungen bereits getroffen sind?

Die neue Regelung erfüllt für Verwaltung und Politik nur den einen Zweck: Unangenehme Fragen von Bürgern und Initiativen möglichst aus der Öffentlichkeit herauszuhalten und schon gar nicht im aktuellen Kontext Antworten liefern zu müssen.

Mangels Rederecht im Ratssaal waren (kritische) Einwohnerfragen die einzige Möglichkeit für interessierte Bürger sich in den demokratischen Prozess einzubringen. Dieses Recht wird in Iserlohn augenscheinlich mit Füßen getreten. Politik und Verwaltung wollen bei Entscheidungen unter sich bleiben – der kritische Bürger stört da nur. Daran muss sich etwas ändern!

DieISERLOHNER wollen einen offenen Bürgerdialog statt Abschottung und ein permanentes Spiel auf Zeit.

Für DieISERLOHNER

Uwe Albert und Michael Joithe